

Verhandeln statt Schießen!

Aus dem Inhalt

Kriegsdienstverweigerung
Preisrätsel
Lateinamerika
Gegenrekrutierung

Angesichts der zunehmenden Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan haben sich mehrere Organisationen der deutschen Friedensbewegung, darunter die DFG-VK auch in diesem Jahr zu einer Petition an den Bundestag entschlossen. Die Unterschriften sollen rechtzeitig zur Entscheidung im Herbst über die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan übergeben werden.

Die Petition:

Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan!

Ein "Krieg gegen Terror" kann militärisch nicht gewonnen werden, da er selbst immer wieder neue Gewalt hervorruft. Der Abzug der Besatzungstruppen schafft Voraussetzungen für die Einstellung aller Kampfhandlungen und für eine zivile Entwicklung.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf: Stimmen Sie keiner weiteren Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zu!

Die Petition kann online unterzeichnet werden:

<https://www.dfg-vk.de/thematisches/afghanistankampagne/2008/221>

In einer bundesweiten Aktionswoche vom 1. bis 9. Mai 2008 soll der Protest in die Wahlkreise der den Krieg beschließenden Abgeordneten und auch vor die Kasernen der Bundeswehr und der US-Armee gebracht werden.



Abschaffung des Zwangs zum Kriegsdienst oder allgemeine Dienstpflicht?

Bei ihrem Hamburger Parteitag Oktober 2007 schlug die SPD eine sogenannte freiwillige Wehrpflicht vor. Einerseits soll der Zwang zum Kriegsdienst aufrechterhalten werden, andererseits sollen aber zunächst nur Freiwillige zur Bundeswehr einberufen werden. Wenn sich nicht genügend Freiwillige finden, soll wie gewohnt zwangsweise rekrutiert werden. Freiwillige Wehrpflicht klingt auf den ersten Blick widersprüchlich und ist zum Teil auch ein Versuch, einen Kompromiss innerhalb der SPD zu finden, so dass die einen verkünden können, der Militärdienstzwang sei abgeschafft, während die anderen die Rettung der Dienstpflicht feiern können.

Der Vorschlag der SPD wäre, wenn er verwirklicht würde, zunächst ein humanitärer Fortschritt und eine Verringerung menschlichen Leids. Mittelfristig könnte das Modell der SPD ein Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Kriegs- und Zwangsdienste sein. Die Akzeptanz des früher als selbstverständlich hingenommenen Dienstzwangs wird allein durch solche Debatten schon unterhöhlt, eine Umsetzung der Vorschläge könnte diesen Prozess beschleunigen – gegen den Willen der SPD.

Wo die SPD ideologisch steht, verrät schon ihre Wortwahl:

Sie spricht von Wehrpflicht und Wehrdienst. Der Wortbestandteil „Wehr“ suggeriert in Bezug auf das zwischenstaatliche Verhältnis, dass die Kriegsdienstleistung der Verteidigung diene. Allerdings haben sogenannte Wehrdienstleistende schon viele Angriffskriege geführt, gerade die deutschen. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. Den sogenannten Wehrdienst leisten gerade diejenigen, die sich nicht erfolgreich gegen die Zwangsrekrutierung zum Militär zur Wehr setzen. Sowohl aus friedenspolitischer als auch aus menschenrechtlicher Sicht ist das Vorhaben der SPD nicht akzeptabel.

Rechtfertigungsproblem

Gegenwärtig kann die Bundeswehr aus Kapazitätsgründen nur einen Bruchteil der Kriegsdienstpflichtigen unterbringen. Gleichzeitig fällt es immer schwerer, den Kriegsdienstzwang zu rechtfertigen. Volkswirtschaftlich ist er schädlich, gesellschaftlich immer umstrittener und für die Auslandsinterventionen sind die sogenannten Wehrpflichtigen wenig brauchbar.

Hinzu kommt, dass zahlreiche europäische Staaten den Kriegsdienstzwang abgeschafft oder ausgesetzt haben. 2009 wird das Gebiet der Staaten ohne Dienstzwang von Irland bis zur Ukraine reichen. Innerhalb von EU und NATO werden dann noch die Staaten rund um die Ostsee, die Schweiz, Österreich, Griechenland, die Türkei und Zypern ihre männlichen Staatsbürger in Kasernen einsperren und zum Militärdienst pressen.

Rettung des Zwangs

Trotz alledem will die SPD die Militärdienstpflicht retten. Sie ist bereit, zeitweilig auf Einberufungen zu verzichten, solange sie sie nicht für nötig hält oder sie sogar als hinderlich für die gegenwärtige Militärinterventionspolitik ansieht. Aber das Instrument der Zwangsrekrutierung will sie sich nicht nehmen lassen. Innovativ ist diese Idee nicht. Die Aussetzung des Kriegsdienstzwangs wird schon seit 1997 in den Niederlanden praktiziert. Dort verzichtet man auf die demütigende und menschenverachtende Prozedur der Musterung. Doch die SPD will den jungen Männern in Deutschland weiterhin diese entwürdigende Fleischschau zumuten. Die Rückkehr zur Zwangsrekrutierung wäre mit den Musterungsdaten noch einfacher durchzuführen als in anderen Staaten. Allerdings dürfte die Beibehaltung der Musterung der schwächste und am wenigsten durchdachte Punkt im Konzept der SPD sein: Wenn ohnehin nur noch Freiwillige zur Bundeswehr gingen, wäre es auf Dauer schwer zu vermitteln, warum alle Männer – und warum nur Männer? – dieser Menschenrechtsverletzung unterworfen werden. Hier könnte der Staat ungewollt ein Potenzial für antimilitaristischen Widerstand schaffen. Die Musterung ohne Dienstverpflichtung könnte als besonders unsinnig und schikanös empfunden werden. Sie könnte im Unterschied zur klassischen totalen Kriegsdienstverweigerung mit wenig Risiko verweigert werden, polizeiliche Zwangsvorfürungen würden den Unmut erst recht schüren.

Absurdität „Wehrgerechtigkeit“

Zynisch ist die verschleierte Sprache der SPD. Sie will die „gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr erhalten“. Gemeint ist jedoch der totalitäre Zugriff des Militärs auf die Gesellschaft: Potenzielle Zwangsrekrutierung jedes Mannes bei gleichzeitiger militärischer Indoktrination und Sozialisation der Dienstleistenden und auch ihrer Angehörigen. Die SPD argumentiert auch mit der sogenannten „Wehrgerechtigkeit“ und meint damit, dass möglichst alle gleichmäßig von Kriegsdienstzwang betroffen sein sollen.

Zwangsrekrutierung ist eine Menschenrechtsverletzung. Sie ist immer Unrecht. Eine Menschenrechtsverletzung wird nicht gerecht, wenn sie gleichmäßiger verteilt wird. Besonders absurd wirkt das Gerede von der Wehrgerechtigkeit, wenn man bedenkt, dass nur Männer die Opfer sind und sein sollen.

Auf dem Weg zur allgemeinen Dienstpflicht

In welche Richtung die Pläne der SPD zielen, offenbarte SPD-MdB Arnold in seinem Referat bei der Mitgliederversammlung der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. im November 2007 in Berlin. Dort ging er davon aus, dass es weiterhin den Zivildienst geben würde, wenn auch in geringerem Umfang. Doch offensichtlich hatte er nicht bedacht, dass nur diejenigen Zivildienst leisten müssen und dürfen, die zuvor einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben. Doch wer sollte sich genötigt fühlen, einen solchen Antrag zu stellen, wenn ohnehin nur Freiwillige zur Bundeswehr geholt werden?

Angesichts der von ihm genannten Zahlen scheint er selbst nicht daran zu glauben, dass sich genügend Freiwillige melden würden. Wichtiger noch war ihm ein breit gefächertes Angebot an Diensten: „Wir wollen ein gesellschaftliches Projekt ‚Freiwilligkeit‘ organisieren.“ Möglichst viele freiwillige Dienste sollen an die Seite von Militärdienst und Ersatzdienst treten, und auf Jugendliche soll Druck ausgeübt werden, irgendeinen dieser Dienste zu leisten. In der „Schulbiographie“ soll eine Woche lang für diese Dienste geworben werden. Dies ist aus Frankreich bekannt, wo alle Schüler und Schülerinnen verpflichtet sind, einen Tag Militärwerbung über sich ergehen zu lassen, die *journée d'appel et de préparation à la défense*.

Während in den Vorschlägen der SPD von Freiwilligkeit die Rede ist, wird tatsächlich eine allgemeine Dienstpflicht angestrebt, im Widerspruch zum Grundgesetz und zu internationalen Menschenrechtsdeklarationen, die Zwangsarbeit, Sklaverei und Leibeigenschaft verbieten, mit Ausnahme von Kriegsdienst und Ersatzdiensten für den Kriegsdienst. Allein dass es diese Ausnahme zugunsten des Kriegsdienstes gibt, ist schon skandalös. Die SPD strebt darüber hinaus de facto eine noch menschenrechtswidrige und noch umfassendere

Dienstpflicht an. CSU und Junge Union streben ebenfalls eine Dienstpflicht an, verzichten aber auf das verschleiende Gerede von der Freiwilligkeit.

Der Drang zum Zwangsdienst wirkt angesichts von Massenarbeitslosigkeit und wachsender prekärer Beschäftigung besonders perfide. Zuerst wird die Wirtschaft so umgebaut, dass Reallöhne sinken und immer mehr Menschen sichere Arbeitsplätze verweigert werden, dann werden die Betroffenen auch noch mit Zwangsdienst bestraft.

Freiwilligendienste, die eingerichtet wurden, um sozialen und friedlichen Zwecken zu dienen, würden zu Diensten unter dem Dach des militärischen Dienstzwangs.

In der gegenwärtigen Situation fällt es immer schwerer, den Zwang zum Kriegsdienst zu rechtfertigen. Der Zwang ist militärstrategisch offensichtlich überflüssig und volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Statt nun den Zwang nach dem Vorbild vieler anderer europäischer Staaten abzuschaffen, versucht die SPD ihn zu retten, und sei es auch mit merkwürdig klingenden, aber gefährlichen Vorschlägen.

Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht

Ein Problem in dieser Debatte ist, dass Kriegsdienstverweigerung nicht als Menschenrecht respektiert wird.

Jeglicher Kriegsdienstzwang steht im Widerspruch zum Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Ein Menschenrecht zeichnet sich dadurch aus, dass jedem Menschen allein dadurch zusteht, dass er oder sie als Mensch geboren ist. Doch fast immer, wenn vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung die Rede ist, ist nur das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gemeint. Demnach dürfen nur Menschen, die sich auf Gewissensgründe berufen, den Kriegsdienst verweigern, andere nicht. Die Wahrnehmung des Rechts wird von einer bestimmten Motivation oder bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen abhängig gemacht. Das heutige Konzept der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen geht auf Angehörige gewaltfreier christlicher Sekten zurück, denen in der frühen Neuzeit die Militärdienstverweigerung gestattet wurde, und die bereit waren, für ihre Überzeugung zu leiden. Kriegsdienstverweigerer müssen noch heute diesem Bild entsprechen: Sie müssen bestimmte Gewissensgründe angeben, sich einer Gewissensprüfung unterwerfen, und sollen auch bereit sein, für ihre Überzeugung zu leiden, indem sie einen Ersatzdienst leisten, der häufig ganz offen als Strafe oder als Probe aufs Gewissen konzipiert ist.

Gewissen wird dabei als ein real erfahrbarer und damit

letztendlich auch überprüfbarer Zustand einer Person begriffen, der sie zu einem bestimmten Handeln zwingt und sie für den Militärdienst untauglich macht. Also liegt nichts näher als zu überprüfen, ob dieser Zustand vorhanden ist, analog zur Untersuchung der körperlichen Tauglichkeit in der Musterung. Es geht also keines-

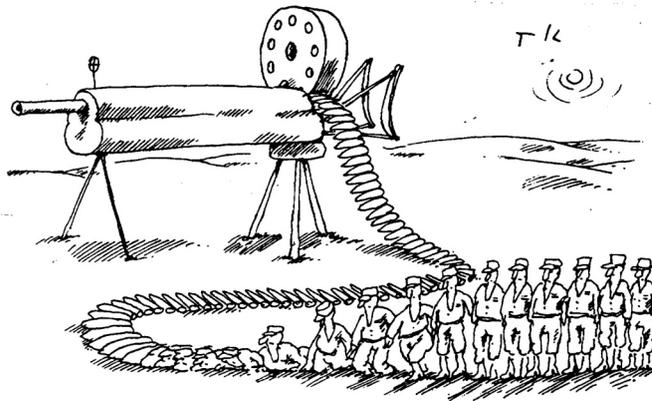
wegs darum, ob der Einzelne Militärdienst leisten will, sondern darum ob er Militärdienst leisten kann, letztendlich nichts anderes als eine weitere Variante der Untauglichkeit, zusätzlich zur Untauglichkeit aus medizinischen Gründen. Nicht anerkannt wird derjenige, der aufgrund rationaler Abwägung seiner und anderer Menschen Interessen und unter Berufung auf

seines Rechts auf Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit keinen Kriegsdienst leisten will.

Die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen bringt zwangsläufig Gewissensprüfungen, Zwangsdienst für anerkannte Verweigerer, staatliche Repression in Form von Militärdienstzwang oder Haft für nicht anerkannte Verweigerer sowie Diskriminierung nichtreligiöser Verweigerer mit sich, um nur die menschenrechtlich relevantesten zu nennen. Wer für Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen plädiert, nimmt zwangsläufig diese Menschenrechtsverletzungen in Kauf. Sie ergeben sich nicht nur aus dem Interesse von Staat und Militär, die Kriegsdienstverweigerung zu unterbinden oder zu erschweren, sondern sind logische Folge des zugrunde liegenden Konzepts.

Eine Bewegung, die Krieg und Militär beseitigen will, muss dem Militär die personelle Basis entziehen. Sie kann nicht wollen, dass auch nur ein einziger Mensch Soldat oder Soldatin wird und dass auch nur ein einziger Mensch ins Militär gezwungen wird. Von daher kann es nicht genügen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nur für Menschen mit einer bestimmten Gesinnung und Persönlichkeitsstruktur zu fordern, die diese Gesinnung auch noch nachweisen und einen Militäersatzdienst leisten müssen, während der Rest zum Militär gezwungen wird. Eine solche Personalbestandsgarantie fürs Militär kann aus pazifistischer Perspektive nicht erstrebenswert sein. Dieses beschränkte Verweigerungsrecht kann langfristig nicht viel mehr als eine humanitäre Erleichterung für die Betroffenen sein, denen Gefängnis oder Schlimmeres erspart bleibt.

Wer Krieg und Militär ablehnt, müsste sich konsequent für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung einsetzen, das allen Menschen unabhängig von Gesinnung und Motivation und ohne jede Bestrafung zusteht.



Friedlich-Kreuzworträtsel

Nach vielen Jahren gibt es erstmals wieder ein Friedlich-Kreuzworträtsel.

Als besondere Erleichterung kann auf jedem einzelnen Feld der Lösungsbuchstabe sowohl waagrecht als auch senkrecht ermittelt werden.

Es gibt auch wieder etwas zu gewinnen: Diesmal vier Preise:

- ☉ Ein Jahresabonnement der Zivilcourage, der Zeitschrift der DFG-VK
- ☉ Ein Jahresabonnement der Zeitschrift Graswurzelrevolution
- ☉ Ein Exemplar des Buches Kriegsdienste verweigern. Pazifismus aktuell. Libertäre und humanistische Positionen
- ☉ Eine CD mit gesammelten Beiträgen des aus unserer Radiosendung Pazifismus bekannten Kurzhörspiels Friederikes Wi(e)dersprüche.

Die Buchstaben in den grau unterlegten Feldern ergeben von oben links nach unten rechts das Lösungswort.

Lösungswort bis zum 1. Juni 2008 schicken an: DFG-VK Mainz, Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz, oder an dfgvkmz@web.de.

Bitte Absendeadresse nicht vergessen und bitte auch angeben, welche Preise gewünscht sind (mit Zweit- und Drittpreferenz).

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13				14							15
16			17				18				19
20					21	22				23	
24				25					26		
27			28				29	30			31
32		33			34	35				36	37
38	39		40					41	42		
43		44					45		46		47
48	49					50		51			52
53		54			55			56		57	
58		59				60	61		62		63
64	65			66	67				68	69	70
	71	72	73		74			75			76

Waagrecht:

- 1 Gemessen an der Zahl der tatsächlichen Todesopfer sind sie die wahren Massenvernichtungswaffen.
- 12 Abk. für Himmelsrichtung, aus der immer etwas zu kommen scheint, mal das Licht, mal wilde Horden.
- 13 Der nach dieser Stadt benannte Frieden bedeutete Unterwerfung, pax ...ana.
- 14 latinisierter Titan, in Astronomie Saturnmond, in Paläogeographie Atlantikvorläufer.
- 15 Abk. für Himmelsrichtung, auch als Synonym für den besonders ausgebeuteten Teil der Welt verwendet.
- 16 Erkämpfte mit gewaltfreien direkten Aktionen seine Unabhängigkeit, dort auch heute zahlreiche gewaltfreie Bewegungen (für Landreform, gegen Staudamm etc.).
- 18 Cineasten denken an Kurosawa, andere gehen
- 19 40 + 66 waagrecht kommen in dieser Geschichtensammlung vor (Abk.)
- 20 Wer in diesem mythologischen Garten nach Erkenntnis strebte, wurde daraus verbannt.
- 21 Gaullist.

- 24 Historiker denken an Landschaft in 16 waagrecht, Paläogeographen an den einstigen Großkontinent im Süden.
- 26 In einem dreisprachigen Schweizer Kanton Hauptstadt.
- 27 Chemisch für Zin n (Abk.), Hauptstadt von Mecklenburg-V. (Kfz-K.).
- 28 So sprechen Deutschsprechende „eu“ aus.
- 29 Hauptstadt von Okinawa, der japanischen Insel mit der größten US-Militärpräsenz.
- 31 Dort (Kfz-K.) alljährlich im Februar sog. Sicherheitskonferenz der Kriegsstrategen + Gegenkonferenz und Gegendemonstration der Friedensbewegung
- 32 Dieser Staat hält am Kriegsdienstzwang fest, während ihn die meisten anderen europäischen Staaten abgeschafft haben (Kfz-K.).
- 33 Eine der Five Nations, urspr. zwischen Mohawk und Onondaga siedelnd.
- 36 Abk. diverser bewaffneter Gruppen, heute sudanesisch-befreiend in Darfur, früher südlibanesisch und noch früher symbionesisch-befreiend-und-verlegertochterentführend in Kalifornien.

38 In der Mythologie von Zeus geliebt, am Himmel von Galileo jupiterumkreisend gesehen.
 40 Buch und Priester in 19 waagrecht
 41 Zweier illegaler Angriffskriege schuldig (nein, nicht der, an den alle zuerst denken, sein „Pudel“).
 43 Hat Truppen aus dem Irak abgezogen (Kfz-K.)
 44 Krebserregend, im berühmtesten Bauwerk des Arbeiter-und-Mauern-Staats reichlich vorhanden.
 46 Der dort (Kfz-K.) gelegene Luftwaffenstützpunkt bei Vicenza ist wichtig für die Führung der Kriege im Irak und in Afghanistan.
 47 Lange Zeit Sündenbock für Verbrechen der angeblich so schuldlosen und sauberen Wehrmacht.
 48 Vor allem in Bochum unpopulär geworden.
 50 engl. Hengstfüllen, Name international bekannt als Produzent des Peacemaker u.a. Handfeuerwaffen.
 52 einst nach einem Stuart-König benannte Kolonie, trennte sich 1861 als erster der Südstaaten von den USA (Abk.)
 53 Der in dieser Landeshauptstadt (Kfz-K.) residierende Ministerpräsident kann und will Nazis nicht als solche erkennen.
 54 Sultanat in Malaysia.
 56 Bundesstaat Malaysias auf Borneo, aber kein 54 waagrecht.
 58 Dort (Kfz.-K.) 2006 Militärputsch, 2008 wieder zivile Regierung.
 59 Dinner for ... kennen viele. Hervorragend: Aschermittwoch for ... (aus Köln).
 60 Kanadische Provinz zwischen Québec und Nova Scotia (Abk.).
 62 Chem. Element, angereichert Grundstoff für Atomwaffen (Abk.)
 63 Gastgeberland (Kfz-K.) des NATO-Hauptquartiers und von häufigen Protesten der Friedensbewegung dagegen.
 64 ..land heißt Huxleys Roman Island in deutscher Übersetzung. Ansonsten Prioritätsstreit mit Henne.
 66 Überlebender eines feuchten Massenmords aus 19 waagrecht.
 68 Unkriegerischer hellenisch-mythologischer Pfeileverschießer & Planetoid.
 71 Eine 1892 gegr. Vorläuferorganisation der DFG-VK (Abk.).
 74 Seit Abschaffung der mündlichen Gewissensprüfung werden Anträge auf Kriegsdienstverweigerung nach Lage der geprüft, aber nach wie vor willkürlich im Interesse von Staat und Militär.
 76 US-Bundesstaat (Abk.) zwischen Montana und Minnesota, nördl. von 70 senkrecht.

Senkrecht:

1 Manche fordern, dass sie zu verweigern ein Menschenrecht für alle ohne Einschränkung sein soll, die meisten können sich die Verweigerung nur als ein an bestimmte Persönlichkeitseigenschaften gebundenes Ausnahmerecht vorstellen.
 2 In dieser Hauptstadt lag der Amtssitz von 41 waagrecht.
 3 1684 bis 1717 deutscher Haupthafen der Brandenburgisch-Africanisch-Americanischen Compagnie, die sich hauptsächlich dem Sklavenhandel von Afrika nach Amerika widmete.
 4 XIX – XVIII
 5 ... wieder Krieg!
 6 Filmfischname.

7 Abk. für in New York ansässige Nachrichtenagentur & für ind. Bundesstaat, Hauptsprache Telugu, Hauptstadt Hyderabad.
 8 Usbekisch-tadschikisch-kirgisches Tal.
 9 Ein kläglich gescheitertes, von den USA propagiertes neoliberales Riesenprojekt, die gesamtamerikanische Freihandelszone von Alaska bis Feuerland, Free Trade Area of the Americas: Abk.
 10 Vom Mittelmeer bis nach China als Staatsdiener ohne Möglichkeit, die Machtposition zu vererben, beliebt. Zölibat im Vergleich dazu human.
 11 Abk. für menschenfeindliche verbrecherische Ideologie. Laut dem in 53 waagrecht erwähnten Ministerpräsidenten war Filbinger jedoch kein Anhänger davon.
 12 Am Karsamstag, 22. März 2008 in 25 senkrecht.
 17 Dieser Staat hielt Ost-Timor 24 Jahre lang besetzt, ermordete fast ein Viertel der Einwohner.
 19 Leichtmetall (Abk.).
 23 In dieser Stadt würde eine umstrittene Persönlichkeit gerne residieren. Für die einen ein dauergrinsender und Banalitäten verkündender Freund von Roland Koch, für andere eine Heiligkeit.
 25 Auch dort gibt's die DFG-VK.
 30 In anarchistischen Kreisen gerne eingekreist.
 33 Sauerstoff (Abk.)
 34 poetisch-englischer Zorn oder Westeuropäer auf verregneter grüner Insel.
 35 Kurz für Armenische Revolutionäre Föderation (Daschnakzutium).
 37 Der dort unterzeichnete EU-Reformvertrag ist genauso militaristisch, unsozial und neoliberal wie der EU-Verfassungsentwurf. 39 Wie 49 senkrecht.
 41 Vornamenskürzel des Autors von Das Totenschiff und Der Schatz der Sierra Madre.
 42 Einst sowjetisch, heute in EU und NATO.
 44 Nach dem Verlust von Jerusalem 1191 bis 1291 Hauptstützpunkt der christlichen Dschihadisten an der Küste des östlichen Mittelmeers (heutiger isr. Name)
 45 .. be or not .. be.
 49 Wie 33 senkrecht.
 51 Von südafrikanischem Staatsgebiet umschlossen (Kfz-K.)
 55 Wie 30 senkrecht, zwischen Bodensee und Neusiedlersee auch Nationalitätskennzeichen.
 58 Wie 63 waagrecht, Königreich mit Sprachgemeinschaftenstreit (Kfz-K.)
 61 Kfz.-K. von Bhutan.
 65 Anglophone Freudianer denken ans Triebhafte, auch Abk. für US-Bundesstaat zwischen Oregon und Montana.
 67 Kfz-K. Oberallgäu.
 69 Hauptstadt der Oberpfalz (Kfz.-K.)
 70 In diesem US-Bundesstaat (Abk.) in Wounded Knee 1890 Massaker & 1973 Widerstandsaktion des American Indian Movement.
 72 Dort (Kfz.-K.) Ostermarsch am Ostermontag, 24. März 2008.
 73 Hauptstadt d. Steiermark (Kfz.-K.)
 75 Tausende von totalen Kriegsdienstverweigerern, insumisos, trugen in diesem Staat (Kfz.-K.) zur Abschaffung des Kriegsdienstzwangs bei.

Wolfram Beyer (Hrsg.)

Kriegsdienste verweigern – Pazifismus aktuell **Libertäre und humanistische Positionen**

Oppo-Verlag, Berlin 2007

ISBN 978-3-926880-16-1 / 160 Seiten / 16 Euro

Aus dem Inhalt:

- ◆ Vorwort: Bruno Osuch (Humanistischer Verband Deutschlands (HVD), Landesverband Berlin)
- ◆ Wolfram Beyer: Gegen die Gewalt. Entmilitarisierung der Gesellschaft – Verweigerung der Kriegsdienste
- ◆ Gernot Lennert: Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung: Ein Widerspruch
- ◆ Mark Lindley: Humanistisches Denken bei Gandhi
- ◆ René Burget: Ohne Gott und Staat - kritische Betrachtungen über Pazifismus und Humanismus in Frankreich
- ◆ Heike Fischer: Gegen den Krieg. Persönliche Erfahrungen gegen religiöses und militärisches Denken
- ◆ Harry Hoffmann: "Wenn ich vom Krieg rede, dann weiß ich wovon ich rede." Ein Interview mit einem "antireligiösen totalen Kriegsdienstverweigerer"
- ◆ Uwe Timm: "Den Regierungen das Geld entziehen" - gegen Krieg und Militär. Ein Interview
- ◆ Helga Weber und Wolfgang Zucht: Gewaltfreiheit und Humanismus. Ein Interview

Leseprobe unter www.oppo-verlag.de

Rezension unter <http://hpd-online.de/node/3598>

Der Humanismus formuliert Positionen in freidenkerischer Form, die den Menschen als Natur- und Sozialwesen in den Mittelpunkt stellen. Die Würde des Menschen ist Ausgangs- und Endpunkt des Denkens und Handelns, sowie dessen Einmaligkeit und Individualität. Im Pazifismus ist der Leitgedanke die Ablehnung von Krieg und Gewalt und die Suche nach gewaltlosen Lösungen von zwischenstaatlichen Konflikten sowie die Überwindung von kriegerischen Ursachen in der Gesellschaft.

"Kriegsdienste verweigern - Pazifismus aktuell" will zum Handeln gegen Kriegsursachen ermutigen. In der Kritik stehen Staat und Militär, die christlichen Kirchen und andere religiöse Formen.

Die vorliegende Textsammlung präsentiert unterschiedliche libertäre und humanistische Friedens-Perspektiven.

Das Buch ist am Infostand der DFG-VK Mainz und natürlich im Buchhandel erhältlich.

Wer uns das Lösungswort des Friedlicht-Kreuzworträtsels mitteilt und bei der Auslosung Glück hat, kann das Buch bei unserem Preisausschreiben gewinnen.

Sag, wo die Soldaten sind

Seminar zu den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr und Aktivitäten dagegen

Samstag, 29. März 2008, 11-18 h, Ökohaus, Kasseler Str.1a, Frankfurt am Main (Nähe Westbahnhof)

In der Bundesrepublik Deutschland existiert ein reichlich unverschämtes Mischsystem im Militärwesen: Während die sogenannte allgemeine Wehrpflicht aufrechterhalten wird, ist die Bundeswehr faktisch längst zu einer Freiwilligenarmee geworden. Folglich verstärkt sie auch ihre Anstrengungen, Nachwuchs zu werben: Sie zeigt Präsenz auf Messen, Märkten und Volksfesten, drängt mit ihren Positionen in die Schulen und nicht zuletzt versucht sie, aus der beruflichen Perspektivlosigkeit und der sozialen Zwangslage vieler jugendlicher Erwerblosler Kapital zu schlagen. Die Kooperation von Arbeitsagenturen und Jobcentern mit der Bundeswehr ist mittlerweile nichts Neues mehr.

Allerdings regt sich auch Widerstand gegen diese Art der Militarisierung, Bundeswehrveranstaltungen in Jobcentern laufen nicht immer ungestört. Wir wollen uns mit den Methoden der

Bundeswehrwerbung auseinandersetzen und versuchen, Argumente und Aktionen zu entwickeln, um gerade der Rekrutierung von Menschen in sozialer Not langfristig etwas entgegenzusetzen zu können.

Referenten und Referentinnen: Frank Brendle (DFG-VK Berlin), Ariane Dettloff (Bundeswehr wegtreten, Köln) u.a.

Seminarablauf

11 h: Beginn, Begrüßung, Vorstellung.

11.15 - 13.00 h: Einführungsreferate (Sozialabbau und Militarismus, "Personalbedarf" der Bundeswehr: Warum wirbt die Bundeswehr verstärkt um Freiwillige?, Welche Zielgruppen spricht sie an? Überblick über Formen der BW-Werbung und Rekrutierung.)

14.00 - 16.00 h: Aktionen gegen Bundeswehrwerbung (Aktionsbeispiele, Zielsetzung, Erfahrungen)

16.00 - 18.00 h: Planung einer Aktion gegen Bundeswehrwerbung

Anmeldung erbeten bei: Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Bildungswerk Hessen e.V., Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Tel. 069-43 14 40

dfgvkhessen@t-online.de

Wir brauchen keinen weiteren Krieg **Antimilitaristische Erklärung aus Lateinamerika**

Die militärische Eskalation im Nordwesten Südamerikas Anfang März hat nicht zu einem Krieg zwischen Kolumbien einerseits sowie Ecuador und Venezuela andererseits geführt. Die plötzliche Einigung der drei Präsidenten bei einem lateinamerikanischen Gipfeltreffen in Santo Domingo hat allerdings nicht die potenziellen Kriegsursachen beseitigt. Der jahrzehntealte Bürgerkrieg in Kolumbien geht ohnehin weiter, ebenso die Unterstützung der USA für die Kriegspolitik des kolumbianischen Präsidenten Uribe. Nationalismus und Militarismus sind in den betroffenen Staaten weiterhin lebendig, ebenso die Neigung von Regierungen, zur Ablenkung von inneren Problemen mit Krieg zu drohen.

In den hiesigen Medien erfährt man viel über Regierungen, Militär, Paramilitärs, Guerrilla-Armeen und die Drogen-Mafia. Über die lateinamerikanische Friedensbewegung wird wenig berichtet. Die nachfolgende Erklärung, die wir hier dokumentieren, zeigt, dass es Menschen gibt, die sich gegen Krieg, Gewalt und Ausbeutung aussprechen.

Unterzeichnet wurde die Erklärung auch von der War Resisters' International (WRI, Internacional de Resistentes a la Guerra / Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) und einigen ihrer lateinamerikanischen Mitgliedsorganisationen. Die WRI ist die pazifistische Internationale, zu der auch die DFG-VK gehört.

Wir brauchen keinen weiteren Krieg

No queremos otra guerra más

Wir brauchen keinen weiteren Krieg. Wir, KriegsdienstverweigerInnen und AntimilitaristInnen aus Ecuador, Kolumbien, Venezuela und ganz Lateinamerika und der Karibik, sagen geschlossen NEIN zu einer kriegerischen Eskalation. Denn diese wird zu einem Krieg führen, der uns erneut zu spalten versucht.

Wir haben schon genug zu tun mit dem Hunger, der Korruption, dem zunehmenden Militarismus, den horrenden Militärausgaben, der Verunsicherung der BürgerInnen, der ständigen Huldigung der Menschenrechte durch unsere Regierungen - wozu wollen sie uns noch mit einem bewaffneten Konflikt beschenken?

Ein Krieg würde nur die jeweiligen Nationalismen in den Konfliktländern und die Xenophobie verstärken, die in unseren Ländern herrscht. Er würde die bewaffneten Streitkräfte stärken, die einmal mehr einen Grund fänden, um ihre Haushalte zu erhöhen. Und er würde dazu beitragen, die Probleme zu verschleiern, unter denen die Menschen in Lateinamerika und der Karibik leiden: die unkontrollierte Ausbeutung unserer Ressourcen, das extrem hohe Maß an Arbeitslosigkeit, die Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen, die Korruption und die Mafien der Macht, die durch kriegerische Konflikte oder Monokulturen in der Land- und Forstwirtschaft

vertriebenen Gemeinschaften, den Rassismus, die Diskriminierung aufgrund von Klassenzugehörigkeit etc. Keines davon wird durch den Krieg gelöst werden. Im Gegenteil: ein Krieg wird diese Probleme weiter verschärfen, wie es bereits in allen vergangenen Diktaturen und Bürgerkriegen geschehen ist.

Ein Krieg zwischen lateinamerikanischen Staaten ist gleichzeitig auch ein Krieg zwischen geschwisterlichen Bevölkerungen, die von militaristischen Regierungen der Rechten wie der Linken gegen einander aufs Schlachtfeld geführt werden. Die einzigen Gewinner eines solchen Krieges zwischen Schwestern und Brüdern sind die globalen Waffenhändler. Von den USA bis Russland bauen sie Kriegslabore und schaffen Unterdrückung in unseren Ländern, für die sie Euphemismen wie "Plan Colombia" verwenden.

Wir sagen NEIN zum Krieg und zu dessen Vorbereitung. Nein zur Stärkung jeder Form von Militarismus, ob von rechts oder von links. Ja zur Autonomie der Bevölkerung und ihres Kampfes. Ja zur lateinamerikanischen Geschwisterlichkeit.

Wir rufen zu einer geschlossenen Aktion gegen Militarismus und Krieg auf, ausgehend von unserer Überzeugung, außerhalb der Kasernen gemeinsam für Gerechtigkeit und Solidarität in jedem unserer Länder zu arbeiten.

AntimilitaristInnen aus Lateinamerika und der Karibik

Organisationen und Personen:

Internacional de Resistentes a la Guerra - War Resisters' International (IRG/WRI) ◊ Grupo de Afinidad Antimilitarista de Asunción (GAAA), Asunción, Paraguay ◊ Pelao Carvallo, Mitglied des Rates der IRG/WRI ◊ Yedy Luz Rosa Ortiz, Casa Feminista de Rosa, Quito, Ecuador ◊ Zeitschrift El Libertario, Venezuela ◊ Xavier León, Grupo de Objeción de Conciencia del Ecuador (GOCE) ◊ Movimiento Antimilitarista y de Objeción de Conciencia (MAOC), Chile ◊ Adriana Castaño Román, Red Juvenil de Medellín, Mitglied des Rates der IRG/WRI ◊ Violeta Franco, antimilitaristische Feministin ◊ Acción Colectiva de Objektoras y Objectores de Conciencia (ACOOO) Bogotá ◊ Movimiento de Objeción de Conciencia (MOC) Paraguay ◊ Grupo Antimilitarista de Carabanchel, Spanien ◊ Alicia Zárate, visuelle Künstlerin, SOS Tierra. Arte acción, Argentinien ◊ Claudia Ruiz Herrera, visuelle Künstlerin ◊ Osmar Arturo Durán ◊ Kolectivo Utopia Acrata Libertario (K.U.A.L.) ◊ Ateneo Autónomo de Contracultura y Estudios Acratas ◊ Elda Munch Comini, Rosario, Santa Fé, Argentinien ◊ Laura Fernández, Argentinien ◊ Rafael Cuesta ◊ Colectivo "Libertarixs-Guayaquil", Ecuador ◊ Violeta Franco, antimilitaristische Feministin ◊ María Luisa Rojas Bolaños, Frau, Mutter und Großmutter. Ärztin, Professorin an der Medizinischen Fakultät der Universidad Autónoma de Yucatán. UNASSE, Mérida, Yucatán, México ◊ Banda "Grito Libertario" ◊ *Ernesto Soltero Resistencia Civil, Caracas, Venezuela*

Originalerklärung in spanischer Sprache:

No queremos otra guerra más

<http://www.wri-irg.org/statemnt/noqueremos-es.htm>

Beratung der DFG-VK für Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei

Tel. 0162-6997237, montags – freitags, 15-17 h,
ktski@gmx.de, Zeynettin Er, Marktstr. 18, 35452
Heuchelheim

Radiosendung PAZIFISSIMUS Sendung von DFG-VK Mainz & Wiesbaden

1. und 2. Mittwoch im Monat, 16 h, im Rahmen des
Programms von Radio Quer auf der Wiesbadener
Lokalradiofrequenz UKW 92,5 MHz
pazifissimus@web.de

Internet

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Marburg: www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html
DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de

Beratung für VerweigererInnen aus den USA

Military Counseling Network (MCN),
Hauptstr. 1, 69245 Bammental.
Tel. + Fax 06223-477 91, mcn@dmfk.de
www.getting-out.de

Iraq Veterans Against the War
IVAW-Europe/Germany,
Chris Capps-Schubert, Hanau, Tel. 06181-610 4747
ivaw.europe@gmx.net

Beratung für ausländische KriegsdienstverweigererInnen, Kriegsdienstflüchtlinge und DeserteurInnen

Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach.
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35, office@connection-ev.de
www.connection-ev.de



Friedlich denken allein ändert nichts

Werde Mitglied!

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverband Hessen & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
Tel. 069-431440 Fax 069-4990007
dfgvkhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Angelika Jürgensonn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656
Brohl-Lützing, Tel. 02636-4532 angelika62de@yahoo.de

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu
Hessen): c/o Gunnar Schedel, Hangstr. 3, 63768 Hösbach. Tel. + Fax 06021-
581 734 (Alibri-Verlag) verlag@alibri.de Kriegsdienstverweigerungsberatung
nach telefonischer Vereinbarung.

Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-Pfalz: c/o Jürgen Locher,
Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach. Tel. 0671-62878.
Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung

Bensheim: Klaus Lemmes, Starkenburgstr. 4, 64625 Bensheim, Tel. 06251-
644 26. Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darm-
stadt. DFGVKDarmstadt@aol.com, Gruppentreffen dienstags 19.30 h, ehema-
lige Bessunger Knabenschule, Ludwigshöstr. 42. Kriegsdienstverweigerungs-
beratung telefonisch: Tel. 06151-375662

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-498 03 94, Fax 069-499
0007, dfgvkffm@t-online.de Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist
montags 19 h. Genauen Termin bitte erfragen.
Kriegsdienstverweigerungsberatung 1. Montag im Monat 18 h

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27, 61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel, Kriegsdienstverweigerungsberatung nach te-
lefonischer Vereinbarung Tel. 056189 30 27

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar.
Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung: Tel.
06441-25462 (Martin Otto), 06441-71416 (Stefan Rohleder)

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz. Gruppentreffen
incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung: 1. Montag im Monat, 19.30 h,
dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg. Tel. 06421-217 83. E-Mail
dfgvk@lahn.net, www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html, Gruppentreffen montags
20 h, Kfz, Schulstr.6., Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin für
militanten Pazifismus. 2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wiederholung
in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei Radio Unerhört Marburg UKW
90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax:
069-81 51 28. office@Connection-eV.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1, 54290 Trier, Tel. 0651-
9941017. agf-trier@t-online.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30, 65193 Wiesbaden.
Tel. 0611-910 36 66, Fax 0611-910 36 65, peter.silbereisen@web.de

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



DFG-VK

Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz
Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung
am 1. Montag im Monat 19:30 Uhr
Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60
dfgvkmz@web.de www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift
Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,
Frauenlobstr.40, Mainz